

Ordnungspolitik

Neuer Schwung in der neuen Legislatur!

Dr. Susanne Cassel und Dr. Michael Zibrowius

Nach 16 Jahren endet im Herbst 2021 die Kanzlerschaft von Angela Merkel. Die kommende Bundesregierung steht mit dem demografischen Wandel, der notwendigen Digitalisierung und der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft vor großen Herausforderungen. Gleichzeitig gilt es, die Folgen der Corona-Pandemie zu meistern und Deutschland in weltpolitisch stürmischen Zeiten zukunftsfest zu machen. Die Politik sollte statt auf Klein-Klein auf eine international abgestimmte, marktwirtschaftliche Klimapolitik setzen, die Digitalisierung vorantreiben und eine zukunfts-gewandte Sozialpolitik umsetzen, die demografischen Trends mit innovativen Ideen begegnet. Zudem sollte sie wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen und staatliche Auf- und Ausgaben auf den Prüfstand stellen.

Mit Blick auf den Status quo der Bundesrepublik fällt das Urteil gespalten aus: Einerseits zeigt sich der deutsche Arbeitsmarkt zum wiederholten Male äußerst krisenfest. Automatische Stabilisatoren, ein umfassender Einsatz der Kurzarbeit und eine funktionierende Sozialpartnerschaft haben es ermöglicht, ein starkes Schrumpfen der Beschäftigung in vielen Bereichen zu verhindern und Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Auch sind die Auftragsbücher der Unternehmen insbesondere im verarbeitenden Gewerbe und im Bau gut gefüllt, so dass es Hoffnung auf eine rasche wirtschaftliche Erholung gibt. Knappheit bei einigen Materialien und Rohstoffen sowie der weitere Verlauf der Corona-Pandemie stellen allerdings Unsicherheitsfaktoren dar. Zudem beobachten die Märkte aufmerksam die steigende Inflationsrate. Die neue Bundesregierung wird mit Blick auf die zuletzt deutlich angestiegenen Staatsschulden, die aktuelle Einnahmesituation und eine mögliche Änderung der Geldpolitik der EZB vor großen Herausforderungen stehen, da die finanziellen Reserven der Vor-Corona-Zeit nahezu erschöpft sind. Eine Konsolidierung allein durch Wirtschaftswachstum wird nicht ausreichen, um mittelfristig für neue Krisen gewappnet zu sein. Vielmehr ist eine Aufgaben- und Ausgabenkritik erforderlich. Dabei sollten vor allem konsumtive Ausgaben zu-

rückgeführt werden, um Spielräume für notwendige Investitionen zu schaffen. Neben wachstumsfreundlichen Rahmenbedingungen sind konkrete Maßnahmen notwendig, um Wirtschaft und Gesellschaft dauerhaft und nachhaltig fit für die Zukunft zu machen.

Erstens muss die Bekämpfung des Klimawandels ein zentraler Baustein der Energie- und Wirtschaftspolitik der kommenden Koalition sein. Nicht nur mit Blick auf die allenthalben sichtbaren Folgen einer sich verändernden Umwelt führt kein Weg an zusätzlichen Anstrengungen in diesem Bereich vorbei. Auch die Europäische Kommission hat dieses Politikfeld im Blick und wird den Rechtsrahmen anpassen, um das gesetzte „fit for 55“-Ziel zu erreichen. Hier gilt es für die deutsche Politik, die Weichen für eine erfolgreiche Zielerreichung zu stellen ohne die Bürgerinnen und Bürger und die Industrie auf der Strecke zu lassen. Sie sollte daher stärker auf die lenkende Wirkung der CO₂-Bepreisung vertrauen, interventionistische Maßnahmen abbauen und die gewonnenen Einnahmen zur Entlastung der Bürger (z. B. durch Absenkung der hohen Strompreise) verwenden. Der jüngste Vorstoß der noch amtierenden Regierung für einen Klimaclub, mit dem die CO₂-Bepreisung international vorangetrieben werden soll, ist daher zu begrüßen. Gleichzeitig kommt es darauf an, nicht nur stets neue Ziele zu Papier zu bringen, sondern diese auch pragmatisch umzusetzen. Eine Novellierung des Klimaschutzgesetzes und der darin aktuell enthaltenen unflexiblen Regelungen zu Sofortprogrammen und Sektorzielen wäre dabei ein wichtiger erster Schritt.

Um innovative Lösungen für den Klimaschutz sowie in anderen Bereichen anwenden zu können, muss zweitens die digitale Infrastruktur des Landes dringend ausgebaut und erneuert werden. Die vielen fortschrittlichen Lösungen, die hierzulande entwickelt werden, müssen zudem auch hier umgesetzt werden und nicht in den USA oder in China. Eine umfassende 5G-Netzabdeckung – gerade auch entlang der Eisenbahnstrecken – sollte dabei ebenso auf der politischen Agenda stehen wie eine behutsame Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens für Datenschutz und Telekommunikation. Das Vertrauen in die eigenständige Entscheidung jedes Einzelnen kann hier mehr bewirken als das ausgeklügelte Cookie-Banner. Nicht zuletzt in der Corona-Pandemie haben sich die Defizite in der Digitalisierung der Verwaltung und im Bildungsbereich gezeigt. Hier gilt es, Versäumtes zügig nachzuholen. Damit steigen gleichzeitig die Attraktivität des Standorts Deutschland und die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger.

ECONWATCH-Policy Brief | Aug. 2021

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Im internationalen Vergleich ist Deutschland bislang gut durch die Corona-Pandemie gekommen.
- Wesentliche strukturelle Herausforderungen sind der demografische Wandel, die Digitalisierung und die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft.
- Die Konsolidierung der Staatsfinanzen alleine über Wachstum wird nicht gelingen.

Politikempfehlungen:

- Klimawandel international abgestimmt mit CO₂-Bepreisung begegnen.
- Digitalisierung vorantreiben; Deutschland vom Land der Ideen zum Land der Umsetzung machen.
- Demografischen Wandel durch Rahmenbedingungen für innovative Lösungen gestalten.
- Konsolidierung durch wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen, Strukturreformen und Ausgabenkritik ermöglichen.

Drittens kann eine zeitgemäße digitale Infrastruktur auch dazu beitragen, innovative und auf das jeweilige Lebensalter zugeschnittene Arbeitsmodelle zu entwickeln, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Wenn Arzttermine über das Internet genauso normal sind wie funktionierende, individuelle Lernplattformen für Schülerinnen und Studenten, wenn Erfahrungswissen und Innovationsfähigkeit flexibel und einfach mit Anwendungen der künstlichen Intelligenz verbunden werden können, dann sind die Voraussetzungen geschaffen für die Wirtschaft von Morgen und die langfristige Sicherung der Sozialsysteme. Die nächsten Bundesregierung muss dazu die rechtlichen Rahmenbedingungen für die digitale Arbeitswelt weiterentwickeln, ohne dabei den Sozialpartnern den Spielraum zu nehmen, um vor Ort die passenden Regelungen zu finden. Zudem darf die Politik nicht länger ehrlichen Antworten auf die Frage nach der langfristigen Finanzierbarkeit der Sozialsysteme aus dem Weg gehen. Denn je länger sie dabei zögert, desto härter wird sie von der Wirklichkeit auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt werden.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Weichen für Wachstum und Wohlstand stellen: eine wirtschaftspolitische Agenda für die nächste Legislaturperiode“ mit Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Walter Eucken Institut).

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12
10178 Berlin

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: www.econwatch.org